



**G e s c h ä f t s b e r i c h t  
und  
L a g e b e r i c h t**

**des**

**Versorgungswerkes**

**der**

**Zahnärztekammer Berlin**

**zum**

**Jahresabschluss 2009**

## **Inhaltsverzeichnis**

- 1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 2. Die Vertreterversammlung**
- 3. Der Aufsichtsausschuss**
- 4. Der Verwaltungsausschuss**
- 5. Personalbestand**
- 6. Mitgliederbewegung**
- 7. Vermögensanlagen**
- 8. Versicherungsmathematik und Satzung**
- 9. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement**
- 10. Ausblick**

### **Anlagen**

- Bilanz per 31.12.2009**
- Anhang zur Bilanz**
- Gewinn- und Verlustermittlung 2009**

## **1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert am 17.12.2009, und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.01.2008 die Neufassung der Satzung vom 12.12.2007 in der zum 02.01.2010 geänderten Fassung.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 23.03.2007 erneuert.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten. Da die Tierärztekammer Berlin sich nach der deutschen Wiedervereinigung für neue Mitglieder an die Tierärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, wurde mit Einführung der Teilrechtsfähigkeit klargestellt, dass die Tierärztekammer Berlin keine beteiligte Kammer mehr ist. Die laufenden Mitgliedschaftsverhältnisse sind davon nicht betroffen.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 24.03.2007 erneuert.

Die jeweilige Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Mit der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19.06.2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die so genannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung fand am 12.05.2007 statt, nachdem im Vorfeld die drei beteiligten Zahnärztekammern Berlin, Brandenburg und Bremen über ihre Delegiertenversammlungen die notwendigen Anschlusssatzungen beschlossen hatten und damit die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit im Versorgungswerk geschaffen hatten.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

## 2. Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist satzungsgemäß das oberste Organ des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Der Vertreterversammlung gehörten im Berichtszeitraum an:

Vertreter Berlin:

Dr. Peter E. Gutsche

Karsten Geist

Dr. Wolfgang Schmiedel

Dr. Anastassios Fotiadis

Dr. Arnt Gerstenberger

Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan

Olaf Cornehlens

Dr. Heinrich Schleithoff

Vertreter Brandenburg:

Jürgen Herbert

Dr. Eberhard Steglich

Dr. Ute Jödecke

Vertreter Bremen:

Dr. Brita Petersen, bis 31.12.2009

Dr. Wolfgang Menke, ab 22.01.2010

Die Zusammensetzung der Vertreterversammlung hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert. Am 12.01.2010 trat Frau Dr. Brita Petersen als Bremer Mitglied der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin mit Wirkung zum 31.12.2009 zurück.

Satzungsgemäß wurde durch die Zahnärztekammer Bremen am 22.01.2010 Herr Dr. Wolfgang Menke als neues Bremer Mitglied der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin benannt.

### 3. Der Aufsichtsausschuss

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit ist als Aufsichtsorgan an die Stelle des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin das neu gewählte Gremium, der Aufsichtsausschuss, getreten.

Dem Aufsichtsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
als stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Rolf Weggen, Bremen
	Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin

Der Aufsichtsausschuss ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des Weiteren obliegt dem Aufsichtsausschuss gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss und den Lagebericht und im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuss die Beschlussfassung über die Bestellung der oder des mathematischen Sachverständigen.

Für die Prüfung der Kalenderjahre 2009 bis 2011 bestimmte der Aufsichtsausschuss, nach Durchführung eines entsprechenden Auswahlprozesses, am 20.01.2010 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RölfsPartner, Düsseldorf.

#### 4. Der Verwaltungsausschuss

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
Beisitzer:	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Winnetou Kampmann, Berlin
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weßlau, Brandenburg

Zum mathematischen Sachverständigen ist seit Juni 2007 bestellt:

Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk,  
Longial GmbH, Düsseldorf,

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

## 5. Personalbestand

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann gem. § 6 der Satzung geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes bis zum 31.12.2009 dar:

Abteilung / Bereich	Mitarbeiter per 31.12.2005	Mitarbeiter per 31.12.2006	Mitarbeiter per 31.12.2007	Mitarbeiter per 31.12.2008	Mitarbeiter per 31.12.2009
Sekretariat	2	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung/ Controlling/ Berichtswesen	1	1	1	1	2
EDV/Informatik	1	1	1	1	1
Versicherungsmathematik	1	1	1	1	1
Mitgliederverwaltung	6	6	7	6	8
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3	3
Immobilienverwaltung	7	7	7	4	0
Allgemeine Bearbeitung, Technik	2	2	2	2	2
<b>Gesamt</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>24</b>	<b>20</b>	<b>19</b>

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Abteilung Immobilienverwaltung wurde im Rahmen der Umstrukturierung reduziert und im Kalenderjahr 2009 mit Vergabe einer Fremdverwaltung und geplanter Überführung der Objekte in ein indirektes Investment aufgelöst.

Die Mitarbeiter für Wertpapierverwaltung, Controlling und Berichtswesen sichern die notwendige Informationszusammenführung für die Geschäftsführung ab. Der Bereich des Controllings wird abteilungsweise weiter aufgebaut, wobei die Aufbauschwerpunkte entsprechend aktueller Fragestellungen gesetzt werden.

Die Einführung von Abteilungsleiterpositionen und deren Einarbeitung ist abgeschlossen und bewährt sich. Die abteilungsinterne Umsetzung des Vieraugenprinzips ist ebenso gesichert wie die Vertretung des Direktors bei dessen Abwesenheit, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Der Verwaltungskostensatz verringerte sich auf Grund des gestiegenen Beitrags- und Rentenvolumens von 1,94 % im Vorjahr auf 1,90 % im Berichtsjahr.

## 6. Mitgliederbewegung

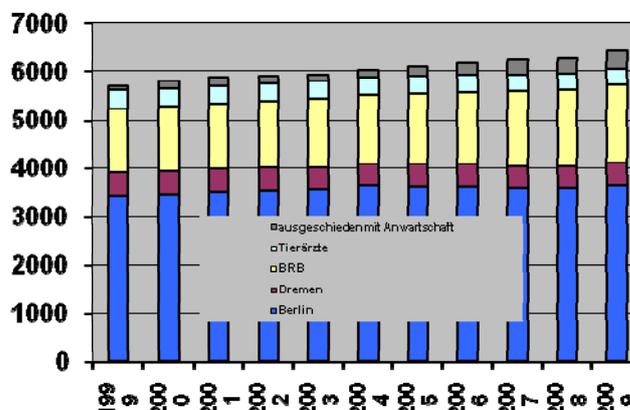
Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2009 wie folgt:

	31.12.2008	Zugang	Abgang	31.12.2009
Zahnärzte Berlin	3582	207	153	3636
Zahnärzte Bremen	455	39	27	467
Zahnärzte Brandenburg	1574	82	32	1624
Tierärzte Berlin	331	0	6	325
Ausgeschieden mit Anwartschaft	343	43	10	376
<b>Aktive Mitglieder gesamt</b>	<b>6285</b>	<b>371</b>	<b>228</b>	<b>6428</b>
Altersrenten	714	76	15	775
BU-Renten	119	16	7	128
Witwen-/Witwerrenten	181	7	8	180
Waisenrenten	63	0	5	58
<b>Rentenempfänger gesamt</b>	<b>1077</b>	<b>99</b>	<b>35</b>	<b>1141</b>
<b><u>Gesamt</u></b>	<b><u>7362</u></b>	<b><u>470</u></b>	<b><u>263</u></b>	<b><u>7569</u></b>

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 207, die Zahl der Rentner um 64 gestiegen. Damit liegt das VZB in den erwarteten und insbesondere versicherungsmathematischen Entwicklungen und Annahmen sowohl im Bereich der aktiven Mitglieder als auch im Bereich der neu einzuweisenden Renten.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 49,862 Mio. €. Das Beitragsvolumen entspricht in der Entwicklung dem aktuellen Satzungsstand nach der zum 01.01.2008 erfolgten Umstellung des Beitragssystems für die selbständig tätigen Mitglieder. Zu berücksichtigen ist, dass das VZB seit der Satzungsumstellung und auch im Berichtsjahr im Rahmen der Einführung der notwendigen Software manuell gemahnt hat und erst im Kalenderjahr 2010 mit den automatisierten Mahnläufen wieder begonnen hat.

Mitgliederentwicklung - Aktive



Die zum 01.01.2008 neu geschaffene Möglichkeit, nach Vollendung des 60. und vor Vollendung des 62. Lebensjahres eine Altersrente gewährt zu bekommen, wurde im Berichtsjahr von 19 Mitgliedern angenommen, die die flexiblere Möglichkeit der Gestaltung des Überganges in die Altersrente damit ebenso genutzt haben wie die insgesamt 54 Mitglieder, die nach der Vollendung des 60. Lebensjahres nur noch den halben Regelbeitrag entrichten.

Die Bescheide über die mitzuteilenden beitragsfreien Anwartschaften aus den Beiträgen bis 2007 wurden im Kalenderjahr 2009 bereits versandt. Dieser satzungsgemäß vorgesehene Versand der Anwartschaftsmitteilungen aus den bis 31.12.2007 erworbenen Anwartschaften, verbunden mit der notwendigen Beitragsübersicht, hat unter dem Vorbehalt des Abschlusses einiger anhängiger Rechtsmittelverfahren zu einem entsprechenden Abschluss des bisherigen Berechnungssystems geführt.

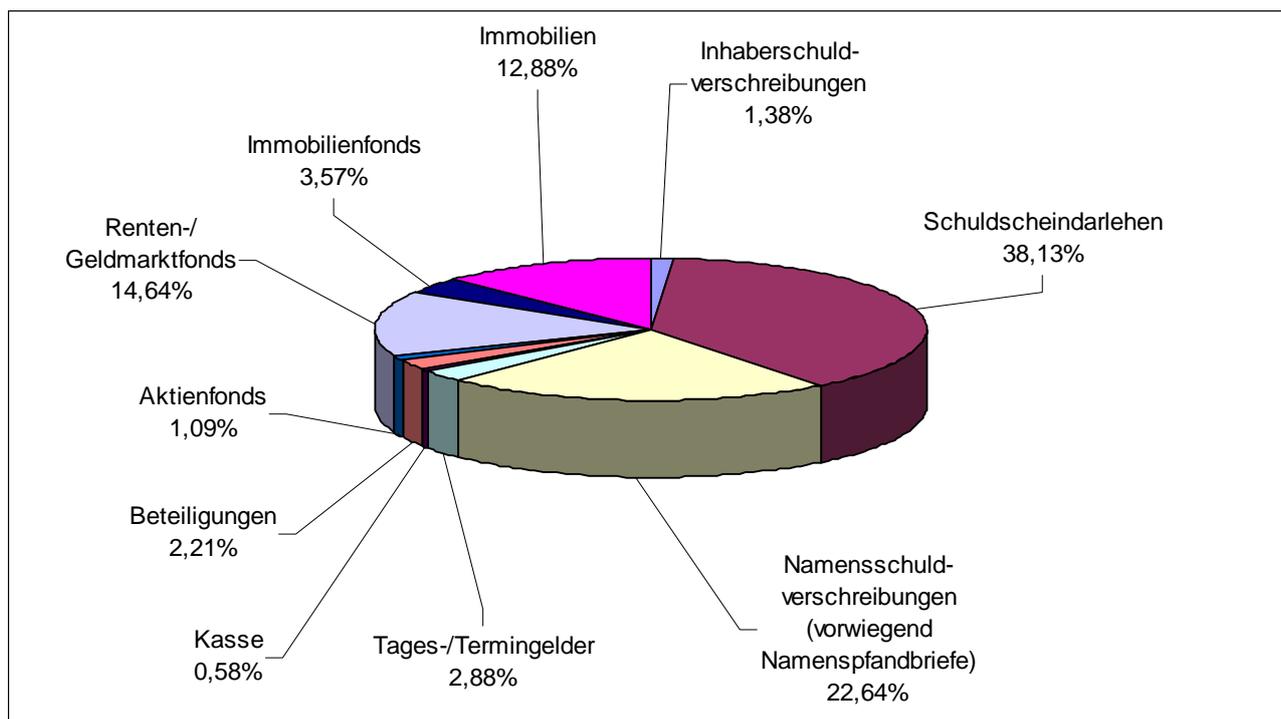
## 7. Vermögensanlagen

Im Berichtsjahr wurde es zunehmend schwierig, bei einem vorhandenen Zinsniveau unterhalb des Rechnungszinses, den Grundstock der Vermögensanlagen des VZB, der die Erwirtschaftung des Rechnungszinses dauerhaft gewährleisten soll, weiter auszubauen. Darüber hinaus ist den Kriterien der Mischung und Streuung, insbesondere auch im Hinblick auf Emittentenrisiken, wie sie in der Vergangenheit so nicht vorhanden waren, noch stärkere Bedeutung zuzumessen als bisher.

So erfolgte die Anlage der liquiden Mittel im weiteren Verlauf der Zinssenkungsmaßnahmen in sogenannten „absolute return“ Fonds, deren Ziel es ist, durch ein internes risikoadjustiertes Investment wenigstens den vom VZB benötigten Rechnungszins zu erzielen. Hierbei sind vielfältige Modelle am Markt vorhanden, bei denen durch die Investition von kleineren Volumina seitens des VZB auf zusätzliche Risikostreuung geschaut wird.

Die Quote der zum Grundstock der Vermögensanlagen zählenden Kapitalanlagen, wie Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen des VZB verringerte sich im Laufe des Berichtsjahres von 66,83% per 31.12.2008 auf 62,15% per 31.12.2009.

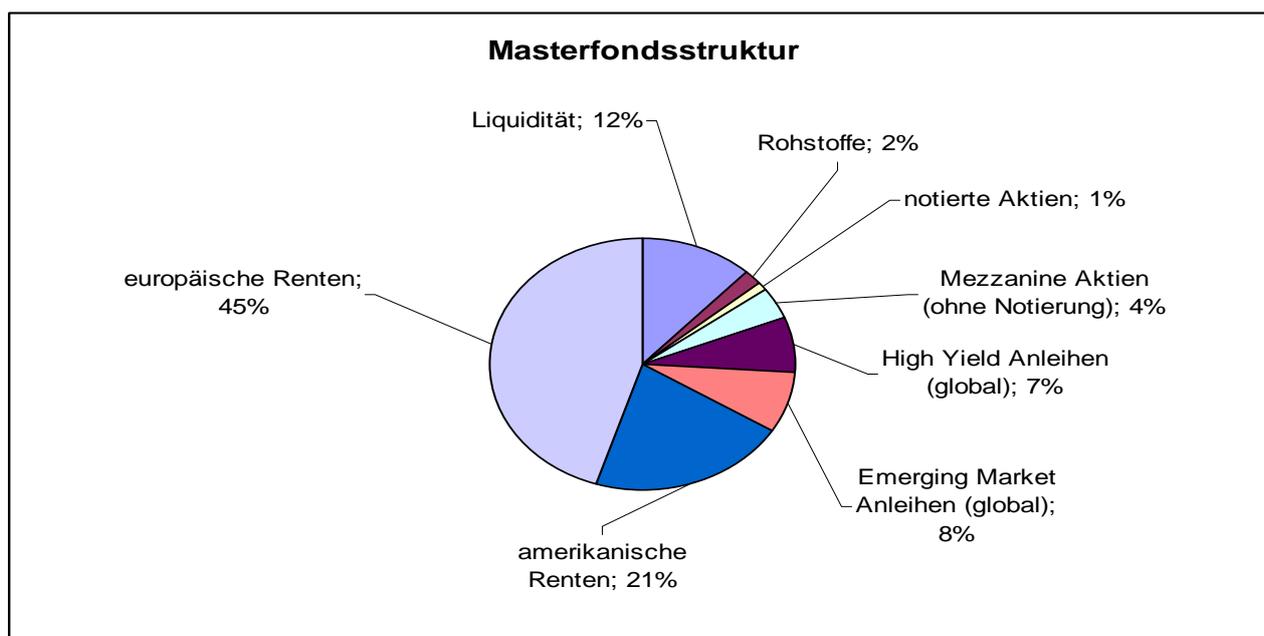
Die nachfolgende Grafik zeigt die Struktur sämtlicher Vermögensanlagen des VZB auf Buchwertbasis zum 31.12.2009.



Das Anlagevolumen der im Masterfonds über Spezial- und Publikumsfondsmandate gehaltenen Investments veränderte sich im Berichtsjahr von 12,21 % auf 15,73 % des Vermögensbestandes.

Das Vermögen des Masterfonds, der von der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH (INKA) verwaltet wird, war – soweit man die einzelnen Spezial- und Publikumsfondsmandate bestimmten Assetklassen zuordnet – per 31.12.2009 wie nachfolgend aufgezeigt strukturiert.<sup>1</sup> Hierbei ist anzumerken, dass sich die Quote der notierten Aktien auf Ebene des Masterfonds im gesamten Berichtsjahr auf dem nebenstehend aufgezeigten niedrigen Niveau bewegte.

<sup>1</sup> Die Darstellung spiegelt die grundsätzliche Ausrichtung des Masterfonds am Jahresende 2009 wider. Das heißt, dass die den Fondsmanagern zur Abbildung einer bestimmten Assetklasse zur Verfügung gestellten und am Bilanzstichtag nicht investierten liquiden Mittel in den Subfonds in der Grafik nicht explizit als Kasse ausgewiesen wurden.



Die im Vorjahr von den negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise betroffenen kleineren Investments im High Yield- und Emerging Market-Investments, konnten die Vorjahresverluste wieder aufholen und entsprechende Erträge generieren.

Das im Jahr 2008 im Masterfonds implementierte Overlay-Management trug erfolgreich zur Risikominimierung bei, denn durch die professionelle Steuerung der in den Einzelinvestments vorhandenen Währungsrisiken des VZB konnten Verluste vermieden werden.

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2009 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Im Berichtsjahr wurden die Objekte Lietzenburger Straße 85 und 87 in den Immobilienspezialfonds des Versorgungswerkes veräußert. Bei den beiden Objekten handelt es sich um das art'otel „A. Warhol“ nebst Nebengebäude. Das Nebengebäude wird nunmehr abgerissen

und durch einen dem Hotel zuzuschlagenden Neubau ersetzt, entsprechend langfristige Mietverträge wurden mit dem Hotelbetreiber im Vorfeld abgeschlossen.

Nach Klärung der Grunderwerbssteuerthematik bei Überführung von Direktbestandsimmobilien in einen Spezialfonds wird dieser begonnene Prozess in 2010 seinen Abschluss finden.

	2006	2007	2008	2009
Vermögensanlagen (TEUR)	805.662	851.688	876.004	939.411
Davon:				
Wertpapiere	23.058	11.814	12.370	12.953
Namenspapiere	77.891	114.289	189.006	212.722
Schuldscheindarlehen	252.237	311.776	384.010	358.231
Investmentanteile & Aktien	282.222	113.918	113.762	185.535
Immobilienbestand	128.186	126.909	115.239	121.042
Termingelder	34.337	166.823	40.310	26.941
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen	6.531	4.959	20.107	20.787
Vermögensertrag	39.112	38.511	38.986	48.988
Beiträge gesamt (TEUR)	39.919	42.571	46.833	49.862
Davon:				
Pflichtbeiträge	38.268	39.641	43.957	46.447
Freiwillige Beiträge	2.229	2.238	2.630	2.849
Überleitungen	402	336	246	566

Das Vermögen war daher im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 5,37 % bzw. einer Effektivverzinsung von 4,23% angelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nach der Entscheidung zum Jahresende 2007 die Aktienquote im VZB praktisch auf Null abzubauen und im Kalenderjahr 2008 kein Aktieninvestment wieder einzugehen, ein Wiedereinstieg im Aktiensektor im Umfeld der gesamteuropäischen aber auch weltwirtschaftlichen Situation nicht erfolgt ist, so dass zwar entsprechend vorhandene deutliche Kursrückgänge an den Aktienmärkten nicht zu negativen Auswirkungen auf den Kapitalanlagebestand des VZB führten, gleichzeitig aber auch entsprechende positive Aktienkursentwicklungen nicht als Ertrag verbucht werden konnten. Alles in allem führt die Mischung der Kapitalanlagen unter anderem durch die Einbeziehung der absolute return Fonds zu der Stabilität, die auch aufgrund der hohen Volatilität in ertragsseitig schwierigen Jahren, wie dem Berichtsjahr, das Erreichen des Rechnungszinses ermöglicht.

## **8. Versicherungsmathematik und Satzung**

Für die Kalenderjahre 2008 bis 2010 wird satzungsgemäß wieder ein zusammenhängendes versicherungsmathematisches Gutachten erstellt werden. Die im Berichtsjahr von der Vertreterversammlung beschlossene Satzungsänderung – im Wesentlichen zur Anpassung der Versorgungsausgleichsregelungen an die geänderte Rechtssituation durch Einführung des Versorgungsausgleichsgesetzes – ist zum 02.01.2010 mit Veröffentlichung im Berliner Amtsblatt in Kraft getreten.

## **9. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement**

Durch die Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk ist ein stetiger Zugang an Mitgliedern zu erwarten. Versicherungstechnische Risiken bestehen insbesondere in der Änderung der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Längerlebigkeit, Invalidisierung und Tod) sowie beim Rechnungszins.

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden turnusmäßig durch Risikountersuchungen im Rahmen des versicherungstechnischen Gutachtens überprüft.

In Folge der beobachtbaren Verlängerung der Lebenserwartung, insbesondere auch für Angehörige der freien Berufe wurden die Rechnungsgrundlagen zum 31. Dezember 2007 auf die berufständischen Richttafeln 2006 der ABV/ Heubeck (bRT 2006) überführt. Darüber hinaus wird im Rahmen der versicherungsmathematischen Berechnungen zum Verpflichtungsumfang aus Vorsichtsgründen der kalkulatorische zukünftige Neuzugang mit negativer Deckungsrückstellung nicht einbezogen.

Das Vermögen des Versorgungswerkes ist nach § 32 Abs. 2 der Satzung sowie § 3 der VersWerkVo Berlin, soweit es nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben bereitzuhalten ist, gemäß § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen anzulegen.

Den Risiken, wie Zinsänderungsrisiko, Bonitätsrisiko und Marktrisiko wird durch die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften und der breiten Mischung und Streuung der Kapitalanlagen begegnet.

Auf Grund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes wurde der verwendete Rechnungszins für Beiträge ab 1. Januar 2008 von 4% auf 3% abgesenkt. Zum Ausgleich von Kapitalmarktschwankungen wurde darüber hinaus zum 31. Dezember 2007 eine Zinsschwankungsreserve in Höhe von Mio. 12,8 € dotiert.

Zur Sicherstellung und weiteren Verbesserung des Risikomanagements besteht ein externes Risikocontrollingberichtswesen durch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank, das die eigenen turnusmäßigen Berichterstattungen flankiert.

In operativer Hinsicht soll eine stringente Einhaltung des 4- Augen- Prinzips bei wertauslösenden Geschäftsvorfällen das Vermögen des Versorgungswerkes schützen.

## 10. Ausblick

„Einem sehr schwierigen Jahr 2008, über welches wir hier berichten, folgt ein schwieriges Jahr 2009“, so begann der Ausblick des Geschäftsberichtes über das Jahr 2008 und es wird wohl keiner behaupten, dass die Lage speziell in Europa seitdem einfacher geworden ist. Wir könnten also den Ausblick wieder so beginnen, aber die Situation ist anders. Nouriel Roubini, Nobelpreisträger und bekannt wegen seiner pessimistischen Grundeinstellung, beschreibt Griechenland frei übersetzt als „eine unlösbare Aufgabe die gelöst werden muss“. Beim ersten Lesen ein Widerspruch in sich, beim zweiten Lesen die exakte Situationsbeschreibung. Unlösbar, weil keiner weiß, welche Folgen ein überlegtes oder unüberlegtes Handeln der Mitglieder der Europäischen Union in Bezug auf den Euro und die europäische Wirtschaft haben würde und ob Griechenland „to big to fail“ ist, gelöst werden muss die Aufgabe aber, will man das füreinander Entstehen in Europa auch praktisch demonstrieren. Amerikanische Banker sehen das – aus der weiten Ferne – gelassen mit den Worten, dass man nun in Europa halt bezahlen muss, um den Frieden der Region zu sichern. Keiner weiß was bei einer in diesen Tagen so oft zitierten „geordneten Staatsinsolvenz“ passieren würde, vielleicht auch wichtiger die Frage, wer dann als nächster Staat dran wäre. Nicht nur die „PIIGS“-Staaten haben über ihre Verhältnisse gelebt und unverantwortliche Staatsverschuldungen aufgebaut.

Warum schreiben wir darüber? Emittentenrisiken bei Staaten der Europäischen Union mit den ehemals durchgängigen AAA-Ratings oder auch bei großen Banken (insbesondere bei Wertpapieren mit deutscher Einlagensicherung) konnten lange vernachlässigt werden. Staatsanleihen sind nicht mehr der „save haven“, von der für den Direktbestand im VZB unzureichenden Verzinsung ganz abgesehen. Heute zeigt sich, dass die breite Mischung der Kapitalanlagen von wesentlicher Bedeutung für die Stabilität und Nachhaltigkeit des Vermögens ist. Hierzu gehören selbstverständlich auch Immobilien und schlussendlich auch Aktien als Sachanlage, wengleich beides nicht im Direktbestand eines Versorgungswerkes gehalten werden sollte.

Die Bildung von Reserven im Anlagevermögen eines Versorgungswerkes, die Aktualisierung von versicherungsmathematischen Grundlagen sowie die laufende Prüfung der satzungsrechtlichen Bestimmungen sichern die Zukunftsfähigkeit unseres Versorgungswerkes ab. Hierzu gehört sicherlich auch, dass einzelne Mitglieder durch ihre Klagen das System in Frage stellen. Wenn offene Fragen gerichtlich geprüft und bestätigt werden, führt der Rechtsprechungsprozess schlussendlich zu einer Stärkung des Systems und damit zur Sicherung unserer gemeinschaftlichen Altersversorgung.

Berlin, 28.06.2010

---

Albert Essink  
Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses

---

Dr. Ingo Kellermeier  
Stellv. Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2009

**AKTIVA**

	31.12.2009			31.12.2008		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			271.884,00			304.237,10
<b>B. Kapitalanlagen</b>						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		121.041.898,66		115.239.114,38		
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
- Beteiligungen		20.787.503,93		20.106.789,36		
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		185.534.743,33		113.761.494,80		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		12.952.764,12		12.370.178,24		
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	212.722.060,75			189.006.346,53		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>358.230.931,06</u>	570.952.991,81		<u>384.009.603,28</u>	573.015.949,81	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		26.940.943,99		40.310.146,31		
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.200.000,00</u>		<u>1.200.000,00</u>		
		<u>797.581.443,25</u>	939.410.845,84	<u>740.657.769,16</u>		876.003.672,90
<b>C. Forderungen</b>						
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:						
- Versicherungsnehmer		4.298.813,39		1.858.037,78		
II. Sonstige Forderungen		<u>4.336.051,03</u>	8.634.864,42	<u>1.894.364,37</u>		3.752.402,15
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>						
I. Sachanlagen und Vorräte		200.804,00		246.559,00		
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten		5.382.369,60		5.361.657,31		
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>1.480.877,17</u>	7.064.050,77	<u>1.403.824,55</u>		7.012.040,86
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>						
I. Abgrenzte Zinsen und Mieten		14.009.595,91		13.189.025,05		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>50.948,60</u>	<u>14.060.544,51</u>	<u>49.275,94</u>		<u>13.238.300,99</u>
			<u><b>969.442.189,54</b></u>			<u><b>900.310.654,00</b></u>

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2009

**PASSIVA**

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Eigenkapital</b>				
- Gewinnrücklagen: Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG (Sicherheitsrücklage)		22.591.048,00		22.591.048,00
<b>B. Gesamt-Ausgleichsposten</b>				
- Ausgleichsposten (Überschussrückstellung)		98.171.311,34		29.719.258,62
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Deckungsrückstellung				
1.a Bruttobetrag laut versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2007	825.465.004,00		825.465.004,00	
1.b zuzüglich Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	16.542.248,86		16.542.248,86	
	<u>842.007.252,86</u>		<u>842.007.252,86</u>	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.995.489,74		2.000.000,00	
III. Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>0,00</u>	844.002.742,60	<u>0,00</u>	844.007.252,86
<b>D. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	197.432,74		189.839,17	
II. Sonstige Rückstellungen	<u>402.452,35</u>	599.885,09	<u>748.197,25</u>	938.036,42
<b>E. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungs- geschäft gegenüber:				
- Versicherungsnehmern	63.532,37		103.986,81	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		866.000,85	
III. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>4.013.670,14</u>	4.077.202,51	<u>2.085.070,44</u>	3.055.058,10
- davon aus Steuern: EUR 489.037,51 (Vorjahr: EUR 43.686,14)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.677,64 (Vorjahr: EUR 0,00)				
		<u>969.442.189,54</u>		<u>900.310.654,00</u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009  
DES  
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

**I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung**

**1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.**

Das Versorgungswerk legt gemäß § 5 VersWerkVO Berlin vom 17. Januar 2008 nach den Grundsätzen für kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Rechnung. Als lex specialis zu den allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen (§ 341 ff. HGB) werden die Vorschriften über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) angewandt.

Aufgrund satzungsmäßiger Erfordernisse wurden in Abweichung zu den Formblättern 1 und 3 der RechVersV entsprechend § 265 Abs. 1, 5 HGB Posten hinzugefügt resp. umbenannt. Dies betrifft den im Vorjahr als Überschussrückstellung ausgewiesenen Gesamt-Ausgleichsposten, dem der Jahresüberschuss in den Geschäftsjahren zugewiesen wird, in denen turnusgemäß keine versicherungsmathematische Berechnung der Deckungsrückstellung vorgenommen wird.

Darüber hinaus wurden die Postenbezeichnungen des Formblattes 1 und 3 RechVersV (Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung) an die satzungsmäßigen Gegebenheiten angepasst.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 4 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die indirekte Immobilieninvestments betreffenden Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 2 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 1 HGB bewertet.

Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 2 HGB bzw. gemäß dem strengen Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet.

Im Berichtsjahr wurden auf Beteiligungen sowie Investmentanteile Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Zeitwerte vorgenommen.

Von der Möglichkeit der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei Investmentanteilen und Wertpapieren nach § 341 b Abs. 2 HGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341 c HGB grundsätzlich in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere), wurden abweichend mit den Anschaffungswerten zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Gleiches gilt für in Vorjahren über dem Barwert angesetzte Schuldscheinforderungen und Darlehen, bei denen aufgrund eines Null-Kupon-Ereignisses bis zum Laufzeitende keine Zinszahlung mehr zu erwarten ist.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Auf Grund der nach dem Soll-Prinzip berechneten Deckungsrückstellung wurden Wertberichtigungen nicht gebildet.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden seit 2008 alle pro rata temporis geschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 bis 16 Jahren.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Die gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung auszuweisende Verlustrücklage wird unverändert fortgeführt, da satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten zum 31. Dezember 2009 erstellt wurde.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2007 des Aktuars (DAV) und Sachverständigen (IVS) Dr. Andreas Jurk, Longial GmbH, Düsseldorf, ausgewiesen.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge eines ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer versicherungsmathematischen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 4 % p. a. zugrunde gelegt.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Die wesentlichen zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanz aufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der RechVersV gegliedert.

## **2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten**

Die Beteiligungen an der Paramount Real Estate Fund III und Fund V GmbH & Co. KG in USD wurden zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Die Dollar-Fremdwährungskonten sind zum Bilanzstichtag zum aktuellen Briefkurs in EUR bewertet.

## **II. Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Innerhalb der Positionen sonstige Forderungen sowie andere Vermögensgegenstände ergaben sich im Berichtsjahr postenmäßige Umgliederungen, die auch das Vorjahr betreffen. Ergebnisauswirkungen ergaben sich hierdurch nicht.

### **III. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

#### **1. Kapitalanlagen**

##### **a) Grundstücke und Bauten**

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Rheinbabenallee für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.584, der Buchwert des Gebäudes einschließlich Tiefgarage und Außenanlagen TEUR 1.779.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund und Boden, Gebäude oder Anlagen im Bau waren im Berichtsjahr nicht vorzunehmen (2008: TEUR 22.957).

##### **b) Beteiligungen**

Es handelt sich um Beteiligungen an Immobiliengesellschaften mit Investitionsschwerpunkt in US-Immobilien-Gesellschaften. Die Dotierungszusagen (insgesamt 55 Mio. USD) erfolgten in Dollar. Zum Bilanzstichtag war ein Betrag von 41,6 Mio. USD von der Investmentgesellschaft abgerufen.

Aufgrund von Wertverlusten der Immobilien in den USA wurden Abschreibungen auf den als dauerhaft erreichbar eingeschätzten beizulegenden Wert in Höhe von TEUR 4.592 (2008: TEUR 3.435) vorgenommen.

##### **c) Sonstige Kapitalanlagen**

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften der RechVersV. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten sowie anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Investmentanteile wegen gesunkener Kurswerte in Höhe von TEUR 64 vorgenommen.

In den Fondsanlagen, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind insgesamt stille Reserven von TEUR 24.058 (Vj. TEUR 18.587) und stille Lasten von TEUR 24.989 (Vj. TEUR 16.825) enthalten.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i. V. m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (AnIV) hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

Die erforderliche Berichterstattung an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen ist erfolgt.

## **2. Forderungen**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

In Vorjahren gebildete Wertberichtigungen auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer (TEUR 1.000) wurden auf Grund der Deckungsrückstellungsberechnung nach dem Soll-Prinzip aufgelöst.

Die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 184 (Vj. TEUR 184). Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 350 (Vj. TEUR 350) vorgenommen.

## **3. Verlustrücklage**

Gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung i. d. F. vom 12. Dezember 2007, die zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, war im Geschäftsjahr 2007 erstmals eine Verlustrücklage in Höhe von mindestens 5 % des sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergebenden Rohüberschusses zu bilden. Die Verlustrücklage soll 5 % der Deckungsrückstellung betragen. Zum 31. Dezember 2009 beträgt die Verlustrücklage unverändert 2,89 % der Deckungsrückstellung (ohne Zinsschwankungsreserve). Auf Grund des 3-Jahres-Turnus bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung ist eine weitere Dotierung erst zum 31. Dezember 2010 vorzunehmen.

## **4. Ausgleichsposten**

Zum 31. Dezember 2009 wurde satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt, deshalb war der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 68.452 dem Ausgleichsposten (Überschussrückstellung) zuzuführen.

## **5. Deckungsrückstellung**

Die Deckungsrückstellung beinhaltet eine Zinsschwankungsreserve von TEUR 12.775 (Vj. TEUR 12.775).

## 6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, den Jahresabschluss sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

## 7. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitsspiegel zum 31. Dezember 2009

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten von			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1-5 Jahren EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	63.532,37	63.532,37	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	103.986,81	103.986,81	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	866.000,85	61.342,56	245.370,24	559.288,05	866.000,85
III. Sonstige Verbindlichkeiten	4.013.670,14	4.013.670,14	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	2.085.070,44	2.085.070,44	0,00	0,00	0,00
	4.077.202,51	4.077.202,51	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	3.055.058,10	2.250.399,81	245.370,24	559.288,05	866.000,85

## 8. Verdiente / gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2009 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 567 (Vj. TEUR 246) ausgewiesen.

## 9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 55,32 : 44,68 (Vj. 56,38 : 43,62) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

#### **IV. Sonstige Pflichtangaben**

##### **1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen sowie einen öffentlichen Namenspfandbrief und betragen insgesamt 43 Mio. EUR (Vj. 60 Mio. EUR).

Die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund IV GmbH & Co., KG beinhaltet Einzahlungsverpflichtungen von USD 13,4 Mio.

Aus dem Kaufvertrag der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt Mio. 5,2 EUR.

Im Rahmen der projektierten Einbringung des Immobiliendirektbestandes in Fondsvermögen bestehen Dotierungszusagen in Höhe von insgesamt Mio. 152 EUR, die überwiegend durch die Fondseinbringung des Grundbesitzbestandes erbracht werden.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Beurteilung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

##### **2. Gesamthonorar der Abschlussprüfung**

Das Gesamthonorar der Abschlussprüfung nach § 285 Nr. 17 a)-d) HGB beläuft sich auf TEUR 42 und betrifft ausschließlich Leistungen der Abschlussprüfung.

##### **3. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten**

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 20 (Vj. 23) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

#### **4. Angabe zu den Unternehmensorganen**

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 269 (Vj. TEUR 266) und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses Vergütungen in Höhe von TEUR 45 (Vj. TEUR 39) erhalten.

Berlin, den 28. Juni 2010

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Albert Essink  
(Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses)

gez. Dr. Ingo Rellermeier  
(stellv. Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses)

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin**  
**- Körperschaft des öffentlichen Rechts -,**  
**Berlin**

**Entwicklung der Aktivposten A. und B. (Immaterielle Vermögensgegenstände und Kapitalanlagen) im Geschäftsjahr 2009**

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 259 Abs. 1 Satz 1 HGB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Immaterielle Vermögensgegenstände	304.237,10	139.245,07	0,00	0,00	0,00	171.598,17	271.884,00
4. Summe A.	304.237,10	139.245,07	0,00	0,00	0,00	171.598,17	271.884,00
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	115.239.114,38	21.555.234,55	0,00	13.095.547,32	0,00	2.656.902,95	121.041.898,66
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen	20.106.789,36	5.272.931,77	0,00	0,00	0,00	4.592.217,20	20.787.503,93
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Summe B. II.	20.106.789,36	5.272.931,77	0,00	0,00	0,00	4.592.217,20	20.787.503,93
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	113.761.494,80	71.836.875,85	0,00	0,00	0,00	63.627,32	185.534.743,33
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.370.178,24	582.585,88	0,00	0,00	0,00	0,00	12.952.764,12
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	189.006.346,53	43.317.341,15	0,00	19.601.626,93	0,00	0,00	212.722.060,75
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	384.009.603,28	32.813.269,77	0,00	58.591.941,99	0,00	0,00	358.230.931,06
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	40.310.146,31	26.940.943,99	0,00	40.310.146,31	0,00	0,00	26.940.943,99
6. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.200.000,00
7. Summe B. III.	740.657.769,16	175.491.016,64	0,00	118.503.715,23	0,00	63.627,32	797.581.443,25
Insgesamt	876.307.910,00	202.458.428,03	0,00	131.599.262,55	0,00	7.484.345,64	939.682.729,84

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin**  
**- Körperschaft des öffentlichen Rechts -,**  
**Berlin**

<b>Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,0	0,0
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,0	0,0
3. Löhne und Gehälter	825,9	771,1
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	132,1	130,8
5. Aufwendungen für Altersversorgung	16,9	14,2
6. Aufwendungen insgesamt	974,9	916,1

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009		2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
<b>1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung</b>				
- Gebuchte Bruttobeiträge		49.862.054,26		46.833.205,32
<b>2. Beiträge aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung</b>		0,00		0,00
<b>3. Erträge aus Kapitalanlagen</b>				
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00		310.146,31	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.678.627,98		8.305.778,18	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	40.952.734,20		25.960.548,29	
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00		1.715.307,28	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>356.272,27</u>	48.987.634,45	<u>2.693.846,39</u>	38.985.626,45
<b>4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung</b>		<u>77.355,69</u>		<u>31.941,99</u>
		98.927.044,40		85.850.773,76
<b>5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung</b>				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	-18.910.832,07		-16.382.699,10	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>4.510,26</u>	-18.906.321,81	<u>0,00</u>	-16.382.699,10
<b>6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen</b>				
a) Deckungsrückstellung	0,00		0,00	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	<u>0,00</u>	0,00	<u>0,00</u>	0,00
<b>7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung</b>				
			0,00	0,00
<b>8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung</b>				
		-1.303.175,80		-1.224.457,11
<b>9. Aufwendungen für Kapitalanlagen</b>				
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen	-2.796.736,15		-3.875.764,37	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-7.317.791,47		-34.920.631,43	
- davon außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB: EUR 4.655.844,52 (Vorjahr: EUR 32.054.682,74)				
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>-235.821,00</u>	<u>-10.350.348,62</u>	<u>0,00</u>	<u>-38.796.395,80</u>
<b>10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)</b>		68.367.198,17		29.447.221,75

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009		2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		68.367.198,17		29.447.221,75
<b>II. <u>Nichtversicherungstechnische Rechnung</u></b>				
1. Sonstige Erträge		93.027,35		279.454,38
2. Sonstige Aufwendungen		<u>-8.176,80</u>		<u>-7.301,51</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		68.452.048,72		29.719.374,62
4. Sonstige Steuern		<u>4,00</u>		<u>-116,00</u>
5. Jahresüberschuss		68.452.052,72		29.719.258,62
6. Einstellungen in den Gesamt-Ausgleichsposten		<u>-68.452.052,72</u>		<u>-29.719.258,62</u>
7. Bilanzgewinn		<u><b>0,00</b></u>		<u><b>0,00</b></u>